

Militärisches Engagement allein wird die Not nicht wenden. Wir tragen eine politische, humanitäre und kirchliche Mitverantwortung für die künftige Entwicklung im Mittleren und Nahen Osten.

Martin Heimbucher, Kirchenpräsident der Evangelisch-reformierten Kirche, zur friedensethischen Stellungnahme des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 24. September 2014

Für die aktuelle Stellungnahme des Rates der EKD zum militärischen Eingreifen gegen den Terror der IS-Milizen im Mittleren Osten bin ich dankbar. Das EKD-Votum wendet den friedensethischen Konsens der EKD auf die gegenwärtige dramatische Situation an. Es ist wahr: „Recht und Frieden“ sind in einem Atemzug zu nennen. Nur zusammen sind sie zu erstreben und zu wahren.

Angesichts der um sich greifenden Terrorherrschaft der IS-Truppen ist nach allem, was wir wissen, ein militärisches Eingreifen notwendig - als letzte verbliebene Möglichkeit, den Schrecken zu beenden oder wenigstens zu begrenzen. Die tödliche Bedrängnis der angegriffenen, bedrohten und in die Wüste gejagten Volks- und Religionsgruppen muss abgewendet werden. Wir dürfen einem Völkermord nicht tatenlos zuschauen.

Deutschland liefert nun Waffen in die Kurdengebiete. Die politisch Verantwortlichen in Regierung und Bundestag haben sich diese Entscheidung nicht leicht gemacht. Den meisten ist bewusst: Deutschland hat sich mit diesen Waffenlieferungen seiner Verantwortung nicht entledigt. Vielmehr hat unser Land damit politische und moralische Mitverantwortung übernommen für die Zukunft der Menschen im Mittleren Osten.

Vor dem Hintergrund der bitteren Entscheidung, dass ein militärisches Eingreifen zeitnah notwendig ist, hat zu gelten: Die politische Perspektive und die Hilfe für bedrohte, bedrängte und gequälte Menschen haben Vorrang vor allen militärischen Maßnahmen. Das bedeutet aber: Unser Land muss ein Mehrfaches dessen, was der Einsatz der militärischen Mittel kostet, für humanitäre Hilfen und zur politischen Stabilisierung in den betroffenen Ländern zur Verfügung stellen. Für die Forderung eines deutlichen Vorrangs ziviler Maßnahmen sollten sich in unserem Land politische Mehrheiten leichter organisieren lassen als für die Freigabe von Waffen.

Die Kirche hat hinzuweisen auf die grundlegende Zweifelhaftigkeit, auf die immer zerstörende Wirkung von Waffengewalt und auf das Risiko, dass auch humanitär motivierte Militäreinsätze zu Kriegen werden, die mehr kaputt machen, als sie zu helfen vermögen. Offensichtlich war dies der Fall beim Irak-Krieg der USA, der mit einer Lüge begann, von Kriegsverbrechen begleitet war und bis heute desaströsen Folgen zeitigt.

„Wer das Schwert nimmt, soll durchs Schwert umkommen“, mahnt Christus. Die Wahrheit dieser Warnung wird Terroristen und Tyrannen über kurz oder lang zu Fall bringen. Aber diese bittere Wahrheit trifft auch diejenigen, die in vermeintlich bester Absicht militärisch eingreifen - und sei es „nur“ in Form von Waffenlieferungen. Heute bezahlen bereits unbeteiligte Geiseln in entsetzlicher Weise mit ihrem Leben. Morgen könnten es die von uns ausgerüsteten oder gar entsandten Soldaten sein. Wir tragen Mitverantwortung auch daran.

Unsere Fürbitte gilt den Opfern von Krieg und Terror, aber auch den politisch und militärisch Verantwortlichen: Ihr Einsatz möge tatsächlich das Recht wiederherstellen und den Frieden entwickeln. Unser diakonisches Engagement zielt darauf, die Not der Menschen zu lindern und den Flüchtlingen Zuflucht und Obdach zu geben. Auch hierzulande werden unsere Gemeinden und Einrichtungen in Kooperation mit den zuständigen Behörden engagiert sein, um den Flüchtlingen Offenheit, Trost und praktische Hilfe zu vermitteln.

Unsere Sorge gilt allen bedrängten Menschen im Nahen und Mittleren Osten, gleich welcher Volksgruppe oder Religion sie angehören. Gleichwohl sind wir als Kirche in besonderer Weise mit den christlichen Gemeinden im Irak und in Syrien verbunden. Der Exodus vieler Tausend Christen aus dem Mittleren Osten, aus dem Irak, aus Syrien, aber auch aus Ägypten hat lange vor dem Terror-Feldzug des IS begonnen - weitgehend unbeachtet und ohne unseren Aufschrei. Die christlichen Kirchen dort zählen zu den Kirchen mit den ältesten Wurzeln. Ihre Vertreibung ist ein Schmerz, den alle Christen spüren. Mit den Betroffenen hoffen und beten wir für ihre Rückkehr in friedlichere Verhältnisse. Als Flüchtlinge sind sie uns in besonderer Weise anvertraut.

Leer, den 26. September 2014
Dr. Martin Heimbucher
Kirchenpräsident